

Suhl, den 12. August 2015

## **Pressemitteilung**

### **Ziel: Entlastung der Suhler Erstaufnahmeeinrichtung**

Wir Freien Wähler Suhl dringen auf eine Sondersitzung des Stadtrates, um den Druck auf die Thüringer Landes- und Bundesregierung zu erhöhen. Wir erwarten vom Land, das die Flüchtlings-Erstaufnahmeeinrichtung auf dem Friedberg betreibt, umfassende und glaubhafte Informationen, wie es weitergehen soll. Wir geben uns nicht mehr mit Versprechungen zufrieden. Nur wenn die Belegung wieder auf Normalmaß zurückgefahren wird, können wir den Bürgern ihre Ängste und Sorgen nehmen.

Uns Stadträten wurde immer wieder von Ministern und Vertretern des Landesverwaltungsamtes versichert, dass alles getan werde, damit die Aufnahmegrenze von 1200 Personen nicht überschritten wird. Versprochen wurde ebenfalls, dass die vielen am Runden Tisch beredeten Unzulänglichkeiten bis hin zu fehlendem qualifizierten Personal so schnell wie möglich bereinigt werden.

Wir Suhler haben die Flüchtlinge in Suhl willkommen geheißen. Viele Bürger bemühten sich, zu helfen – mit Spielzeug für Kinder, Kleidung, Geldspenden. Veranstaltungen wurden organisiert. Auf diese Willkommenskultur können wir stolz sein. Aber seitdem das Heim auf dem Friedberg permanent überbelegt ist und dort statt 1000 Menschen fast 2000 leben müssen, haben sich die Bedingungen für alle verschlechtert – für die Flüchtlinge ebenso wie für die Mitarbeiter der Einrichtung, für medizinisches Personal, für die zuständigen Abteilungen der Stadtverwaltung, aber auch für die Polizei, die immer öfter aufgrund von tätlichen Auseinandersetzungen oder Straftaten gerufen werden muss.

Oberbürgermeister Triebel hat die Alarmlampe Richtung Erfurt und Berlin auf Rot gestellt, indem er vorige Woche drohte, Teile des Heims aufgrund baulicher Mängel räumen zu lassen. Wie er appellieren wir an die Landesregierung, endlich die Aufnahmeeinrichtungen in Mühlhausen und Gera zu öffnen. Wir tragen nicht nur Verantwortung für die Menschen, die in Suhl aufgenommen wurden und werden. Wir sind auch in der Verantwortung für unsere Bürger. Wir wollen nicht, dass die Stimmung in der Stadt kippt und braune Rattenfänger in unserer Stadt Gehör finden. Zeltstädte und Containerdörfer im Umkreis können keine Lösung sein. Wir fordern menschliche Verhältnisse für Flüchtlinge und Personal auf dem Friedberg.

Die Bundesregierung hat die Flüchtlingsproblematik ausgesessen. Jetzt macht sie es sich einfach und wälzt die Probleme auf Länder, Landkreise und Kommunen ab. Unverzögliche Gesetzesänderungen sind zwingend. Anhörungsverfahren müssen vor Ort, z. B. im Erstaufnahmeheim in Suhl, zeitnah stattfinden und Abschiebeverfahren konsequent umgesetzt werden. Es ist unglaublich, dass hilfsbedürftige, traumatisierte Familien aus Kriegs- und Krisengebieten in Zelten und Containern campieren müssen und junge Kerle vom Balkan auf dem Suhler Friedberg die Zimmer blockieren.

Für uns Freie Wähler ist auch nicht nachzuvollziehen, dass die Stadtverwaltung aufgrund der zunehmenden Flüchtlingsströme im Sozial- und Jugendbereich sowie in der Ausländerbehörde zusätzliches Personal einstellen muss, im Gegenzug der Stadt aber die Zuweisungen permanent gekürzt werden.

Ingrid Ehrhardt  
Vorsitzende Fraktion Freie Wähler